



Inhalt

aktuell

- +++ Kampagne: 100 Jahre Frauenwahlrecht – Wertvolle Errungenschaft für die Gesellschaft
- +++ Steuerliche Entlastungen für Familien: Ehegattensplitting nicht mehr zeitgemäß
- +++ Equal Pay Day Kampagne 2019: Entgeltgleichheit herstellen – Soziale Berufe aufwerten!
- +++ SBB Landesfrauenkongress: Frauen auf der Überholspur!? Wir machen Staat
- +++ Gewerkschaftstag dbb Landesfrauenvertretung sachsen-anhalt: Frauenförderung – Die Landesregierungen sind hier gefragt!
- +++ Herbstsitzung der DSTG-Bundesfrauenvertretung: Wir gestalten Zukunft
- +++ VRRF – Die Mediengewerkschaft: Stabswechsel an der Spitze des VRRF-Gendernetzwerkes
- +++ Frauenpolitischer Austausch: BBW-Frauen setzen Themen

mehrwert

- +++ Wichtige Worte: Ach übrigens...
- +++ Unterhaltung gewinnen: ABBAMANIA THE SHOW – Gold Tour 2019

Impressum



dbb
beamtenbund
und tarifunion

bundesfrauen-
vertretung

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Telefon 030.40 81 - 4400
Telefax 030.40 81 - 4499
frauen@dbb.de
www.frauen.dbb.de
www.facebook.com/dbb-
bundesfrauenvertretung

Editorial

100 Jahre Frauenwahlrecht

Am 12. November vor 100 Jahren wurde Frauen das Wahlrecht zugesprochen. Dieses Recht ist hart erkämpft von Frauen für Frauen im Sinne des allgemeinen und gleichen Wahlrechts als Grundstein der parlamentarischen Demokratie. Ein Meilenstein für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Deutschland.

Seither ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Sinne des Artikels 3 unseres Grundgesetzes weit fortgeschritten. Was für uns heute selbstverständlich ist – etwa, dass Frauen den Führerschein machen, ihren Beruf frei wählen und ihr Geld auf einem eigenen Konto verwalten – war teilweise bis in die 70er Jahre noch von der Zustimmung des Ehemannes abhängig. Auch für diese Freiheiten mussten Frauen vehement streiten.

Aber reicht das? Denn von völliger Gleichstellung der Männer und Frauen in unserer Gesellschaft können wir auch 2018 noch nicht sprechen. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer. Im Ruhestand müssen Frauen heute mit weniger als der Hälfte an Renteneinkünften auskommen und auch die politische und wirtschaftliche Macht liegt noch immer überwiegend in den Händen von Männern. Da erscheint die jüngste Forderung nach einer verbindlichen Frauen-Quote für die Unternehmensvorstände und den Bundestag nur konsequent!

Aber nicht nur, dass die Gleichstellung bis heute unvollendet bleibt, auch das Erreichte ist in Gefahr. Antidemokratische Kräfte stellen immer häufiger die Entscheidungen der gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter in Frage. Sie zeren an unserer demokratischen Grundordnung. Auch antifeministische und gleichstellungsfeindliche Stimmen erhalten damit immer mehr an Kraft. Auf dem SBB Landesfrauenkongress in Dresden haben wir klar Stellung bezogen. Wir dürfen die antidemokratischen, destruktiven Kräfte beim Thema Frauenförderung nicht die Oberhand gewinnen lassen. Hier müssen wir als Beschäftigte im Dienst des Staates gehalten. Ob als Lehrkräfte an Schulen, Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, als Beschäftigte in Bürgerämtern, Landesverwaltungen und im Bundesdienst, ob bei der Polizei, Feuerweh, am Gericht oder im Krankenhaus – wir sind nah an den Bürgerinnen und Bürgern dran, wir setzen Recht und Gesetz um und sind hier verpflichtet, uns auch für die demokratischen Werte stark zu machen. Dazu gehört es auch, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu fördern und zu verteidigen.

Helene Wildfeuer
Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung